

## Einladung zum Fachgespräch:

### Gutes Leben im Alter - mithilfe einer aktiven Bürgerschaft

**Termin:** Donnerstag 17. Jan. 2019, 18:00 – 20:00 Uhr

**Ort:** Kölner Freiwilligen Agentur e.V., Clemensstr. 7 (Nähe Neumarkt), 50676 Köln

**Veranstalter:** Arbeitskreis BürgerInnen-Stadt der Kölner Grünen

**Moderation:** Dieter Schöffmann, Sprecher des AK BürgerInnen-Stadt

**Anmeldung:** Für die organisatorische Vorbereitung des Abends ist es hilfreich, wenn Sie sich per E-Mail anmelden: [ak-buergerinnen@gruenekoeln.de](mailto:ak-buergerinnen@gruenekoeln.de)

#### Programm

##### Einführung

**Anlass und Ziel des Fachgesprächs** | *Dieter Schöffmann, Sprecher des AK BürgerInnen-Stadt*

**Aktivitäten der Kölnerinnen und Kölner füreinander – Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage** von 2016 (veröffentlicht 2018 unter dem Titel „Aktive Bürgerschaft“) | *Günter Schlanstedt, AK BürgerInnen-Stadt (und hauptberuflich Sozialplaner der Stadt Köln)*

**Empfehlungen des 7. Altenberichts zu „Sorgenden Gemeinschaften“ und „Subsidiarität“** | *Karl Michael Griffig, Stellvertr. Vorsitzender der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. und Leiter der BAGSO-Fachkommission „Freiwilliges Engagement und Partizipation“*

**Welche Programme, Maßnahmen oder Aktivitäten gibt es in Köln schon im Sinne der Empfehlungen des 7. Altenberichts?** | *Günter Schlanstedt, AK BürgerInnen-Stadt*

##### Offenes Fachgespräch

Wie ist die Situation in Köln einzuschätzen – hinsichtlich des Engagements im Sinne der „Sorgenden Gemeinschaft“ und der „Subsidiarität“?

Welchen Handlungsbedarf und welche Handlungsmöglichkeiten gibt es?

Welche Schlüsse sind hieraus für das kommunalpolitische Handeln zu ziehen? Wer müsste was tun?

#### Schlaglichter zum Thema

##### **Aktive Bürgerschaft - Ergebnisse der „Leben in Köln“ – Umfrage 2016 (Kölner Statistische Nachrichten 3/2018)**

„Unter ‚Aktiver Bürgerschaft‘ werden gemeinnützige Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen, in Nachbarschaftsinitiativen und Netzwerken, Unterstützungs- und Pflegeleistungen sowie Aktivitäten im politischen Bereich verstanden.“

„Speziell vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist das bürgerschaftliche Engagement beim Thema Pflege intensiver in den Blick genommen worden. Angesichts des gewachsenen und weiter zunehmenden Anteils Älterer kommt gerade der ‚informellen‘ Pflege- und

**AK BürgerInnen-Stadt, Bündnis 90 / Die Grünen, Köln**

E-Mail: [AK-BuergerInnen@gruenekoeln.de](mailto:AK-BuergerInnen@gruenekoeln.de) | Web: [www.gruenekoeln.de/arbeitskreise/kreisverband/buergerinnen.html](http://www.gruenekoeln.de/arbeitskreise/kreisverband/buergerinnen.html)

Sprecher: Florian Lemmes ([florian.lemmes@mailbox.org](mailto:florian.lemmes@mailbox.org) | 0157/87 05 92 28) &  
Dieter Schöffmann ([dieter.schoeffmann@gruenekoeln.de](mailto:dieter.schoeffmann@gruenekoeln.de) | 0176/24 99 21 18)

Unterstützungsleistung durch Privatpersonen eine wachsende Bedeutung zu. Dank dieser Unterstützungsleistungen wird nicht nur die Qualität der Pflegeleistungen erhalten – oftmals wird sie dadurch erst gewährleistet.

Sich bereits heute mit diesem Thema zu beschäftigen, ist erforderlich, weil sich die Situation der Pflege verändern wird. [...] Der vorliegende Bericht zeigt, was die Kölner Bürgerinnen und Bürger bereits heute für pflegebedürftige Menschen in ihrem Umfeld leisten und in welchem Umfang dies geschieht.“

### **Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland - Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. (2015)**

„Daseinsvorsorge soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern betrachtet, geplant und gestaltet werden.

Die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe im Alter verlangt ein Mitspracherecht aller Bürgerinnen und Bürger bei der Ausgestaltung der dafür nötigen institutionellen Rahmenbedingungen. Entscheidungen über die Bedeutung und die Ausgestaltung der Daseinsvorsorgebereiche sind deshalb in einem demokratisch zu legitimierenden Willensprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gesetzgeber und Verwaltung zu treffen. Staat, Kommunen, Wirtschaftsunternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger wirken in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge nebeneinander (z. B. bei der Gesundheitsversorgung, der Pflege oder der Mobilität), im Idealfall *miteinander*.“ [7. Altenbericht 2016, 285]

„Die Neukonzeptionierung des Subsidiaritätsprinzips zielt auf eine neu ausbalancierte Architektur der sozialen Unterstützungssysteme in Deutschland.

Die bisher nebeneinander stehenden Einrichtungen der Betreuung und Versorgung älterer Menschen müssen neu vernetzt werden, sodass Ressourcen gebündelt werden. Dabei geht es um Verantwortungsteilung und Aushandlung für eine passfähige Unterstützung und Hilfe. Die Kommunen müssen die Verfügbarkeit und Vernetzung der Dienste ermöglichen und sichern. Eine sozialintegrierte Versorgung erfordert ein strategisches Umdenken der zentralen Akteure und neue Kooperationen, die praxisnah erprobt werden müssen.“ [7. Altenbericht 2016, 286]

„Vernetzte Versorgungskonzepte sind die Bedingung dafür, dass sich Sorgestrukturen im Sinne kleiner Lebenskreise (weiter-)entwickeln können. Die Selbstorganisations- und Sorgefähigkeit der kleinen Lebenskreise, der Familienangehörigen, Nachbarinnen und Nachbarn, Bekannten und bürgerschaftlich engagierten Frauen und Männer ist zu würdigen, zu stärken und in neuen Formen zu initiieren.

Die örtlichen sozialen Netze sind auf die Unterstützung durch die Sozialleistungsträger und die Kommune angewiesen, wenn sie ihre Sorgefähigkeit erhalten wollen und wenn die auf Unterstützung angewiesenen Personen kompetent, zuverlässig und unter Wahrung der Menschenrechte begleitet werden sollen.“ [7. Altenbericht 2016, 286]

„Tragfähige Sorgearrangements leben von einem Ineinandergreifen unterschiedlicher Hilfen. Segmentierte Hilfen sind zu überwinden, es muss in wohlfahrtspluralistische Hilfearrangements investiert werden.

Das Ineinandergreifen von familiären, nachbarschaftlichen, beruflichen, professionellen und freiwilligen Formen der Hilfe – unter Einbeziehung lebensdienlicher Technik – bildet die Grundlage für einen tragfähigen, Teilhabe fördernden und ökonomischen Hilfe-Mix.“ [7. Altenbericht 2016, 291]